

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 25

Buchbesprechung: Vom Glauben der dortigen Welt : Publikationen zu Religionsfragen in der Sowjetunion

Autor: H.T.D.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wo die KP Japans der KPdSU nicht mehr folgt

Nationaler Internationalismus

Peter Sager zur ideologischen Komponente einer territorialen Frage

Ein bitterer Kampf zwischen den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Japans ist erstmals in aller Tiefe zutage getreten.

Die Auseinandersetzung geht um die sogenannten nördlichen Territorien, eine Gruppe kleinerer Inseln nördlich von Hokkaido, die 1945 von der Sowjetunion besetzt wurden. Die japanische Regierung verlangt die Rückgabe dieser Inseln, und die Kommunistische Partei Japans (KPJ) ist ebenfalls der Ansicht, dass diese Territorien der japanischen Souveränität unterstellt werden müssten.

Die besondere Bedeutung dieses nunmehr offenen Konfliktes liegt im Licht, den er auf die Führungsrolle der sowjetischen kommunistischen Partei wirft.

Vom Tadel via Stellvertreter . . .

Der Konflikt wurde erstmals sichtbar, als ein angeblich von einem argentinischen Delegierten am 12. Kongress der KPJ verfassten Artikel aus seiner argentinischen Zeitschrift in der sowjetischen, vom Zentralkomitee der KPdSU herausgegebenen Parteizeitschrift «Partijnaja Schis» nachgedruckt wurde. Der Argentinier hatte (siehe ZB 13 vom 26. 6. 1974) es als präzedenzlosen Fall bezeichnet, dass «auf dem Kongress der kommunistischen Partei eines kapitalistischen Landes der Auftrag über territoriale Forderungen an einen sozialistischen Staat gestellt wird».

. . . zur direkten Auseinandersetzung

Mitte September hat nun das Organ der KPJ, «Akahata», auf diese Vorwürfe geantwortet und erstmals den Inhalt einer geheimen Abmachung aus dem Jahre 1959 zwischen KPJ und KPdSU veröffentlicht. Nach dieser Abmachung sollen die sowjetischen Führer ihre japanischen Genossen im Glauben gelassen haben, dass die KPdSU zu einer künftigen Rückgabe der Nordgebiete bereit sein werde.

Uebersies, so fügte «Akahata» bei, sei 1971 die japanische Auffassung der Abmachung von 1959 durch den KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew bestätigt worden, und zwar anlässlich des Moskau-Besuches vom KPJ-Vorsitzenden Kenji Miyamoto. Anlässlich seiner Rückkehr aus der UdSSR am 27. September 1971 hat Miyamoto eine diesbezügliche Erklärung abgegeben.

Die Japaner sind von der Richtigkeit ihrer Haltung überzeugt. Wenn Miyamoto 1971 die Abmachung von 1959 falsch ausgelegt habe, so hätte die Sowjetführung dies sagen können.

Offenbar wollte die sowjetische Parteiführung die japanische Partei nicht öffentlich kritisieren, um sich nicht dem Vorwurf der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Parteien auszusetzen. Aber ebenso offensichtlich wollte die KPdSU die japanischen Kollegen wissen lassen, dass sie von der Moskauer Linie abgewichen

seien. Daher benutzte sie den Artikel eines argentinischen Kongressdelegierten. Dieses Manöver liegt so klar auf der Hand, dass die Japaner nun den Sowjets vorwerfen, den betreffenden Artikel selber geschrieben zu haben, und auch für dessen Verbreitung zu sorgen. Inzwischen ist er nämlich schon in Indien und Oesterreich nachgedruckt worden.

Die Amerikaner haben Okinawa zurückgegeben. Und was tun die Sowjets?

Die Führung der KPJ weiss nun zu genau, wie opportunistisch die sowjetische Haltung bezüglich der Nordgebiete ist. Gegenwärtig steuert Moskau einen harten Kurs. Bevor jedoch der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag 1960 revidiert wurde, machte die Sowjetführung mehrmals vage Versprechungen bezüglich der Rückgabe der Nordgebiete an Japan. Zweck dieser Versprechungen war es, die KPJ in ihrer Gegnerschaft gegen die Beziehungen zu den USA zu stärken.

Nachdem aber die USA Okinawa an Japan zurückerstattet hatten, gelangte die KPJ ins Ram-

penlicht. Denn nun war die Reihe an der Sowjetunion; Regierung und Volk verlangten um so stärker die Rückgabe der Nordgebiete.

Die KPJ setzt sich nach wie vor für die Aufhebung des japanischen Vertrages mit den USA ein. Und die KPJ dürfte ihre Hand mit im Spiele gehabt haben, als Präsident Ford kürzlich Tokio einen Besuch abstattete und von unfreundlichen Demonstranten empfangen worden ist. Aber das löst die Probleme zwischen KPJ und KPdSU keineswegs.

Die KPdSU befindet sich tatsächlich in einer heiklen Lage. Zuzugeben, dass sie 1959 eine Abmachung über die Nordgebiete mit der KPJ schloss, hiesse auch zugeben, dass die KPdSU nicht nur die Innen-, sondern auch die Aussenpolitik der Sowjetunion kontrolliert. Die Abmachung, deren Inhalt nun durch die KPJ veröffentlicht worden ist, zu bestreiten, würde kaum einen denkenden Menschen überzeugen.

Der recht zynische Ausweg der KPdSU, durch einen vorgeschobenen Dritten, einen Argentinier, den japanischen Genossen die Leviten lesen zu lassen, macht nun allerdings manchem weiteren Kommunisten klar, dass den Abmachungen mit der KPdSU wenig Vertrauen geschenkt werden kann. Und einige Führer anderer Parteien könnten sehr leicht auf den Gedanken kommen, ihre Abmachungen mit der KPdSU im Lichte von deren Unzuverlässigkeit zu überprüfen.

Wie kommt es, dass die Führung der KPdSU das Risiko eingeht, auf solche Weise das Vertrauen aufs Spiel zu setzen, das ausländische Genossen noch haben mögen? Die einzige Antwort, die sich bis heute im Falle der japanischen Nordgebiete angeboten hat: Moskau und die KPdSU sind weniger an Vertrauenswürdigkeit interessiert denn an schierer Macht. ■

Vom Glauben in der dortigen Welt

Publikationen zu Religionsfragen in der Sowjetunion

Nadeshda Theodorowitsch: «Religion und Atheismus in der UdSSR. Dokumente und Berichte.» Verlag Claudius, München 1970, 328 Seiten, Fr. 23.30

Eine sehr reichhaltige Sammlung von Material zur Lage der Gläubigen verschiedener Bekenntnisse in der Sowjetunion liegt hiermit vor (sie hat ihre volle Aktualität behalten!). Die Autorin konfrontiert den Leser nicht nur mit zahlreichen Zitaten aus offiziellen sowjetischen Quellen sowie aus dem religiösen Sektor des Samisdat, sondern gliedert das Material, fasst zusammen, erläutert in kürzeren Artikeln die Hauptsache. Frau Dr. Theodorowitsch kann sich dabei auf ihre jahrelange Forschungstätigkeit stützen, früher im Münchener «Institut zur Erforschung der UdSSR», an dem sie die Abteilung «Religion und Atheismus» leitete, seit dessen Einstellung im Rahmen einer selbständigen Redaktion, die weiterhin ein monatliches Informationsbulletin

herausgibt. Diese bilden die Grundlage zu ihrem Buch.

Auf die Darstellung der rechtlichen Lage (*Trennung von Kirche und Staat; Religionsfreiheit*) und der dazu in Widerspruch stehenden innenpolitischen Wirklichkeit folgt eine Reihe von Untersuchungen über die *atheistische Propaganda*. Vor ihr sind nicht nur die christlichen Glaubensgemeinschaften betroffen, sondern sehr massiv auch «von Anfang an, seit dem Umsturz im Oktober 1917» die jüdische Religion. Ein 1963 erschienenes Buch «Judaismus ohne Schminke» von T. Kitschko, «das offensichtlich einen antisemitischen und pogromstiftenden Charakter hat» (das wird mit Zitaten belegt), «wurde von den kommunistischen Parteien des Westens stark kritisiert, daraufhin erfolgte in der UdSSR die erzwungene Verurteilung dieses Buches» (S. 78). Dies weist auf die Möglichkeit wirksamer westlicher Proteste hin, deren Vor-

aussetzung allerdings Kenntnis des sowjetischen Propagandamaterials bzw. der Sowjetpresse ist.

Kirchliches und religiöses Leben in der Gegenwart sowie *Widerstand gegen den Atheismus* (bzw. gegen die lokalen Vertreter des anti-theistischen Regimes) sind die nächsten Kapitel. In einem Essay von Jurij Marin sind zahlreiche einschlägige Presseartikel verarbeitet. So hiess es z. B. in der «Prawda» vom 12. 1. 1967, 50 Jahre nach der Machtübernahme:

«Die Zählebigkeit der religiösen Ueberreste ist durch eine Reihe erkenntnistheoretischer, sozialer und emotionaler Faktoren bedingt, sie wird durch die aktive Wirksamkeit der Kirchenleute

und Sektierer aufrechterhalten und durch die imperialistische Propaganda geschürt.» (Zitat S. 235)

Oder «Nauka i religija» Nr. 1/1967, S. 19:

«Die soziologischen Forschungsergebnisse zeigen, dass verständnisloses Verhalten den Leuten gegenüber das Auftauchen der Religiosität fördern kann...»

Die «soziologischen Forschungen» bringen denn auch zutage, dass der Sowjetmensch auf der «Suche nach ‚Wahrheit‘, Gerechtigkeit und ‚guter Moral‘ zu den Gläubigen geht...»

Die Besetzung der Tschechoslowakei und die

Reaktion der Vertreter der Kirchen Osteuropas dokumentiert z. T. direkt, z. T. indirekt das Problem der Meinungsäusserung der Ostkirchen.

Noch ein Wort zum *Nachwort des Verlags*. H. J. Petsch führt darin namentlich aus, der Antikommunismus diene sozusagen ausschliesslich der «Funktion, jede Kritik an den bei uns herrschenden Verhältnissen (...) abzufangen». «Stünde bei uns der Antikommunismus nicht mehr in Geltung, so könnte die Sowjetregierung denselben nicht mehr dazu einsetzen, ihr System zu stabilisieren» (S. 325/328). Ohne die westlichen Bölimannen wäre die Lage in der UdSSR längst viel besser?! Die Auswirkungen der inzwischen weit gediehenen «Entspannung» auf die sowjetische Innenpolitik mögen Herrn Petsch eines besseren belehrt haben, und vielleicht hat er inzwischen auch seine Geschichtskennntnisse vertieft. Denn sein Satz «Das (...) Versagen einer christlichen Kirche zu jener Zeit (nämlich in der «vorrevolutionären zaristischen» Epoche) trug mit dazu bei, dass eine revolutionäre Lösung die allein mögliche zu sein schien» (327) zeugt davon, dass Petsch nicht nur zu wenig weiss von den Reformschritten gerade auch ausserhalb der orthodoxen Staatskirche, sondern vor allem übersieht, dass 1917 eine *Februar-Revolution* stattgefunden hat, auf die hin (im August 1917) ein Allrussisches Konzil einberufen wurde, das wieder einen Patriarchen wählte... bevor im Oktober die Bolschewiken ganz unnötigerweise die Macht an sich rissen.

Das ist u. a. nachzulesen in:

Gerhard Simon: «Die Kirchen in Russland. Berichte, Dokumente.» Verlag Manz, München 1970, 228 Seiten, Fr. 23.60

Aus Anlass der kürzlichen Herausgabe dieses gründlichen und dabei leicht lesbaren Werkes in England (etwas erweitert und à jour gebracht) wollen wir es kurz vorstellen. Es verdient Aufmerksamkeit!

Das erste Essay befasst sich mit der Position der orthodoxen Kirche sowie der evangelischen Gruppierungen und vermittelt grundlegende Kenntnisse: die Möglichkeiten und Persönlichkeiten von *Metropolit* (Antonij von Petrograd wird in einem zweiten Essay im Rahmen seiner Zeit porträtiert) und *Oberprokuren* (Pobedonoszew, der berüchtigte «Reaktionär» an der Seite von Alexander III. — und andere) als faktische staatliche Lenker der Kirche seit Peter dem Grossen. Die Bedeutung des April-Erlasses 1905 über Glaubenstoleranz, der allerdings bald eingeschränkt wurde — auf Drängen der orthodoxen Kirche, deren Mitglieder in Scharen evangelisch wurden. (1910 hatte die Zeitschrift «Baptist» eine Auflage von 100 000!)

Im weiteren stellt Simon chronologisch die Entwicklung der Kirchen unter der Provisorischen Regierung (Febr.-Okt./Nov. 1917) und der kommunistischen Herrschaft dar: die 1918 gesetzlich verankerte «Trennung von Kirche und Staat» wurde vom Staat nie beachtet; Stalins 1929er Gesetz leitete eine so systematisch-grausame Ausrottungspolitik ein, dass vor dem Krieg noch 7 von etwa 70 Bischöfen vorhanden und die Evangelischen gänzlich ausgelitt waren. (Ein paar zusätzliche Erläuterungen zu den 20er Jahren, namentlich zur «Lebendigen Kirche», hätte man sich allerdings gewünscht.)

(Fortsetzung auf Seite 10)

die politische meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

In Zeiten der Inflation und wachsenden Arbeitslosigkeit wird die Frage immer drängender, ob die seit einigen Jahren vernachlässigte soziale Marktwirtschaft, zielkräftig und zukunftsbewusst eingesetzt, in der Lage wäre, unserer sozialen Zukunft wieder Ziele zuzuweisen. Im November-Dezember-Heft der «Politischen Meinung» (Ausgabe Nr. 157) schreiben zum Thema

«Der Weg aus der Krise»

u. a.

Prof. Dr. Werner Kaltefleiter:
Gerhard Stoltenberg:
Ministerpräsident
Prof. Dr. Alfred Müller-Armack:
Prof. Dr. Alfred Schüller:
Dr. Rüdiger Altmann:
Josef Stingl:
Präsident der Bundesanstalt für Arbeit
Günter Triesch:

«Mit Blick auf 1976»

«Soziale Marktwirtschaft erneuern»
«Ein Programm der Wertsicherung»
«Wirtschaft unter dem Grundgesetz»
«Marktwirtschaft als politische Oekonomie»
«Wie man Arbeitslosigkeit vermeidet»
«Sozialismus auf Raten?»

Im Heft Nr. 156 (September-Oktober-Heft) behandeln wir das Thema:

«Jugend 1974 — wohin?»

Die Autoren: Prof. Dr. Werner Kaltefleiter: «Eine 'gespaltene' Generation?», Prof. Dr. Franz Pöggeler: «Trendwende in der Jugend?», Dr. Bruno Heck: «Nachdenken nach der Rebellion», Dr. Wolf Kalz: «Sieht so der neue Mensch aus?», Fritz Brickwedde: «Was die JU von den Jusos und Judos trennt».

Herausgeber:

Dr. Bruno Heck
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
für politische Bildung und Studienförderung
e. V.

Chefredakteur:

Dr. Karl-Willy Beer

Heftumfang ca. 100 Seiten. Einzelpreis DM 5,-, Jahresbezugspreis für 6 Hefte DM 25,-, für Schüler und Studenten (bei Vorlage einer Studienbescheinigung) DM 16,- inkl. MWSt. zuzüglich Versandkosten.

EICHHOLZ-VERLAG GmbH D-53 Bonn Postfach 458

Der Kommentar

An sich gut: Die UNO verurteilt nicht bloss (westlichen) Kolonialismus und Rassismus, sondern die Verletzung von Menschenrechten überhaupt. Nur: Sie tut es fein bedachtsam bloss an einem nichtkommunistischen Nebenbeispiel.

Die Organisation der Vereinten Nationen hat eine Erklärung abgegeben, wonach *Chile* der «fortwährenden Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte» bezichtigt wird. Daraufhin hat die chilenische Regierung erklärt, die UNO sei vom Kommunismus der Sowjetunion unterwandert, und gab der Befürchtung Ausdruck, es werde ein Wirtschaftsboykott gegen Chile instrumentiert. Schon 1953 in Ostberlin, 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR (abgesehen von anderen Fällen) bewies die UNO ihre Schwäche, und seither ist sie ständig mehr unter den Einfluss der Sowjets geraten. Sie hat Truppen entsandt, um Staaten, die sich unabhängig erklärt hatten, zur Unterwerfung zu zwingen (Katanga, Biafra) oder ihnen Sanktionen auferlegt (Rhodesien). Kommunistische Staaten und Ministataen mit nur geringer Einwohnerzahl werden als gleichberechtigte Partner aufgenommen; aber einem unabhängigen Staat wie Südafrika wird mit Ausstossung gedroht. Die bevorstehende Massregelung Chiles kann daher kaum verwundern.

Den Sowjets ist es gelungen, öffentliche Meinung sowie Regierungen im Westen derartig zu verblenden, dass sie nicht mehr erkennen, ob ihr Handeln ihnen selbst oder ihren Feinden nützt. Die wirtschaftliche Aggression gegen ein westliches Land wie Chile muss (vielleicht unwesentlich, aber immerhin) dem ganzen Westen schaden, aber weder Wirtschaftler noch Politiker in der westlichen Welt machen Anstalten, um den lemmingartigen Marsch in die Verderbung aufzuhalten. Einige Gewerkschaftsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland haben in den letzten Monaten chilenische Schiffsladungen boykottiert, unter dem Hinweis, in diesem Lande würden die Rechte der Arbeiter verletzt. Grossbritannien hat schon vor mehreren Monaten sämtliche wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Abkommen mit Chile gekündigt.

Dass es in Chile zurzeit keine parlamentarische Demokratie gibt, leugnet gewiss niemand. Aber falls das zum Kriterium für UNO-Sanktionen werden sollte, müssten die Vereinten Nationen alle nichtkapitalistischen Staaten bestrafen!

Wenn man bedenkt, dass ein Drittel der Stimmberechtigten die Volksfront Allendes, Unidad Popular, gewählt hatte und dass alle Staatsorgane und Verwaltungsbüros von Anhängern der Regierungsfrente durchsetzt waren, erscheint es bemerkenswert, dass beim Putsch in Chile so wenig Blut vergossen wurde und die Situation so bald und so weitgehend normalisiert werden konnte. Politischen Gefangenen wurden alle Möglichkeiten geboten, sich ins Ausland abzusetzen, und die Verzögerung in der Freilassung der noch in Lagern Verbleibenden ist nicht so sehr auf die chilenischen Behörden zurückzuführen

als auf die internationalen Flüchtlingsorganisationen und die Unwilligkeit des Auslands, vor allem der kommunistischen Länder, diese Menschen aufzunehmen. In Chile gibt es Ansätze zur Besserung. Einschränkende Massnahmen, wie die Pressezensur, werden allmählich gelockert.

Die Inflation wird nicht härter bekämpft, um den unteren Einkommenschichten nicht eine allzu grosse Bürde aufzuerlegen.

All dies lässt sich äusserst günstig vergleichen beispielsweise mit *Peru*, wo nicht nur seit langem keine Pressefreiheit herrscht, sondern die wichtigsten Presseorgane im Juli enteignet wurden, wo die Wirtschaft stagniert, die arme Landbevölkerung trotz enteignender Agrarreform nicht besser dran ist als vor der Machtübernahme der linken Generale, wo der Jahrestag der Unabhängigkeit mit einer Parade sowjetischer Tanks und mit kubanischen Militärausbildern gefeiert wird, wo Gewerkschaften die Regierung zu unterstützen haben und ihre Leiter ins Gefängnis kommen, wenn sie versuchen, die wahren Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen. Aber das alles lässt in diesem Falle die Weltöffentlichkeit kalt.

Das günstige Wirtschaftsklima und die politische Ruhe, die die Regierung Pinochet mit der willigen Unterstützung eines grossen Teiles der chilenischen Bevölkerung und vor allem der Arbeiterschaft zustande bringen konnte, sowie die Dringlichkeit, mit der das chilenische Kupfer (und heute auch wieder der Salpeter) benötigt wird, lassen jedoch voraussagen, dass ein Wirtschaftsboykott gegen Chile nicht erfolgreich sein wird.

Alphonse Max

(Fortsetzung von Seite 9)

1943/44 wurden die Kirchen zwecks Herbeiführung des erforderlichen Soldaten-Patriotismus bekanntlich wieder zugelassen; man kontrollierte sie über zwei Räte für orthodoxe bzw. anderweitig religiöse Angelegenheiten (seit 1965 vereint). Es wurde wieder ein Patriarch gewählt und die Reorganisation des Priesternachwuchses in die Wege geleitet.

Eindrücklich betont der Autor, wie unter dem «liberalen» Chruschtschow 1959—64 sowohl die orthodoxe als auch die evangelische Kirche sehr massiv verfolgt wurde (von 20 000 orthodoxen Kirchen die Hälfte geschlossen — nebst Klöstern und Seminaren). Diese Repression bewirkte die auch im Westen bekannt gewordene Protestbewegung — quer durch die Denominationen. Die 1967 vom Verlag SOI herausgegebene Dokumentensammlung über diese Bewegung («Kampf des Glaubens») wird übrigens sowohl von Simon wie von Theodorowitsch zitiert.

Wichtig ist auch die Erläuterung der Gründe, die zur Abspaltung der «Initiativniki» vom Allunionsrat der Evangeliums-Christen-Baptisten (EChB) geführt haben.

Unter Breschnews Führung ist der Druck nicht geringer geworden, bloss raffinierter, jedenfalls was die Propaganda anbelangt. Dass besonders die entgegen ihrem Willen nicht registrierten EChB-Mitglieder heute brutal verfolgt werden; belegen Dokumente, namentlich der bei Simon ganz zitierte «Brief der 1453 Mütter an Breschnew, Podgornyj und Kossygin» vom März

1969. Manch ein Christ hierzulande mag sich fragen, ob er seinerseits je eine Wahl zwischen Nachfolge und bequemem Leben gesehen (und getroffen) hat, wenn er zur Kenntnis nimmt, dass die Wahl für den Glauben in kommunistischen Staaten bedeuten kann: Entzug der elterlichen Rechte, Einlieferung der Kinder in staatliche Heime, Drangsalierung in der Schule, keine Zulassung zu Hochschulen, usw. usf.

*

In diesem Zusammenhang sei der Informationsdienst von *Glaube in der 2. Welt*, Küsnacht, erwähnt. Unter der Redaktion von Pfr. E. Voss (er ist zweisprachig deutsch/russisch) erscheint allmonatlich ein Materialdienst mit Chronik, Berichten und Quellentexten; ferner kommen jährlich vier Quartalshefte heraus, die umfangreichen Themen gewidmet sind, immer im Rahmen des Glaubens in der 2. Welt, nämlich in den kommunistisch beherrschten Staaten Osteuropas und namentlich in der UdSSR. Auf diese Publikationen gibt es Einzel- und Kollektivabonnemente. Sie stellen gewissermassen eine Weiterführung der Informierung dar, die mit den beiden besprochenen Büchern gegeben wird.

Amstutz/Collet Zurfluh (Red.):

«Kirche und Dritte Welt im Jahr 2000»

Hrsg.: Prospektivgruppe des Schweizerischen Katholischen Missionsrates, Zürich-Einsiedeln-Köln 1974, 252 Seiten.

Nach den Kirchen in der Zweiten noch jene in der Dritten Welt... Was haben diese mit «dem

Osten» zu tun? «Der erste Abschnitt (von Kap. 4 C) skizziert die gesellschaftspolitischen Erwartungen an die Kirche, nämlich die Hoffnung auf Legitimation, Reformen und Revolution» (223); «Eine dritte Gruppe erhofft sich von der Kirche, dass sie die treibende und fördernde Kraft für eine Revolution und Vorkämpferin für ein völlig neues Gesellschaftssystem sei» (224). Diese Zitate zeigen, dass innerhalb der hier untersuchten Kirche die dynamische linke Haltung schon einigen Raum erobert hat. Ob Dynamit und Christsein sich vertragen, wird nicht untersucht, «Christ» nicht definiert.

Politisch relevant ist ferner der Trend zur Einheitskirche, und zwar als «Oekumenismus im weiteren Sinne»: nicht mehr nur als «christliches Unternehmen» (dazu wird A. Toynbee zitiert).

Ziel der Studie ist die «kritische Analyse des missionarischen Wirkens, indem die Ursachen der Krisenerfahrung bewusst gemacht werden» (20), damit die Kirche sich auf den weiteren — besseren — Dienst an der Gesellschaft vorbereiten kann. Die Krise: «Ein in Gegenläufigkeit (zur Mission) sich bildender religiöser Aufbruch» ausserhalb der Kirchenstruktur, die Lateinamerika, Afrika und Asien aufgestülpt worden war, statt dass man einheimische Kirchen geschaffen hätte.» — Seit den sechziger Jahren hat sich diesbezüglich z.B. in Indonesien und Westafrika im protestantischen Bereich vieles positiv verändert, doch beschränken sich die Autoren bewusst auf die ihnen am wichtigsten erscheinenden Fragmente der Thematik. Und diese fallen im wesentlichen unter *Soziologie*.

HTD